

Anfrage Bucher Mario und Mit. über die Offenlegung von Übervertretung bestimmter Nationen im Strafvollzug im Kanton Luzern

eröffnet am 26. Januar 2026

Eine umfassende und nachhaltige Migrationspolitik beinhaltet auch die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung der Migration und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft in Bezug auf den Grad der Bildung, der Arbeitsmotivation wie auch der Prägung der einzelnen Migrationsgruppen. Dies soll gestützt auf Fakten und nicht auf Emotionen oder ideologischen Wunschvorstellungen erfolgen.

Eine umfassende und nachhaltige Migrations- und Sicherheitspolitik setzt eine differenzierte, faktenbasierte Analyse der Auswirkungen von Migration auf die öffentliche Sicherheit voraus. Dabei sind gemäss aktuellen kriminologischen Erkenntnissen (u. a. Frank Urbaniok) die Herkunft, die Sozialisation, der Bildungsgrad, die Gewaltakzeptanz sowie die Integrationsfähigkeit einzelner Migrationsgruppen sachlich zu berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Nationalitäten waren in den letzten zehn Jahren in den Justizvollzugsanstalten Grosshof und Wauwilermoos vertreten, und wie stellt sich deren Anteil jeweils im Verhältnis zur dauerhaft wohnhaften Bevölkerung derselben Nationalität im Kanton Luzern dar?
2. Wie verteilt sich die Belegung dieser Justizvollzugsanstalten in den letzten zehn Jahren auf:
 - a. Schweizer Staatsangehörige ohne Migrationshintergrund,
 - b. eingebürgerte Schweizerinnen und Schweizer,
 - c. ausländische Staatsangehörige ohne Schweizer Bürgerrecht.
3. Welche Nationalitäten bzw. Statusgruppen sind im Justizvollzug signifikant über- oder unterrepräsentiert, wenn ihre Anzahl ins Verhältnis zur entsprechenden Wohnbevölkerung im Kanton Luzern gesetzt wird?
4. Bestehen zwischen den einzelnen Nationalitäten bzw. Statusgruppen signifikante Unterschiede in der Deliktstruktur, insbesondere in Bezug auf:
 - a. Gewalt- und Sexualdelikte,
 - b. schwere Körperverletzungen,
 - c. Delikte mit hoher Rückfallquote.
5. Welche konkreten Schlussfolgerungen zieht der Regierungsrat aus den festgestellten Über- bzw. Unterrepräsentationen für:
 - a. die kantonale Migrations- und Integrationspolitik,
 - b. die Einbürgerungspraxis,
 - c. sicherheitspolitische Präventions- und Kontrollmassnahmen.
6. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die Faktenlage und die Risikoprofile angemessen berücksichtigt werden und politische Entscheide nicht ausschliesslich auf normativen oder

ideologischen Annahmen beruhen?

Bucher Mario

Wicki Martin, Zanolli Lisa, Frank Reto, Wandeler Andy, Gerber Fritz, Schnydrig Monika, Lingg Marcel, Hodel Thomas Alois, Ineichen Benno, Lang Barbara, Ursprung Jasmin, Gfeller Thomas, Müller Guido, Arnold Robi, Küng Roland, Dahinden Stephan, Vogel Marlen, Stadelmann Fabian, Steiner Bernhard, Waldis Martin, Meyer-Huwyler Sandra, Kunz-Schwegler Isabelle, Löttscher Hugo, Bossart Rolf